

**21.01.1924** – 90. Todestag Wladimir Iljitsch Lenin (geb. 22.04.1870)

**22.01.1969** – vor 45 Jahren begann in Halle (Saale) eine Konferenz von Schrittmachern und Neuerern (bis 23.01.), an der 700 Vertreterinnen und Vertreter sozialistischer Brigaden und Kollektive teilnahmen.

**27.01.1934** – vor 80 Jahren gaben die deutschen evangelischen Bischöfe nach einer Unterredung mit Hitler eine Treueerklärung zu ihm ab

# Linkes Blatt <sup>DIE LINKE.</sup>

01. Ausgabe / 24. Jahrgang

Für Halle

21. Januar 2014

## 2014 – in Halle und Europa

„Wasser ist Menschenrecht“, das war eine europäische Volksinitiative, die sich 2012 gegen die geplanten Privatisierungsmöglichkeiten der Wasserversorgung gewendet hat. 1.884.790 Menschen in der gesamten Europäischen Union haben sie mit ihrer Unterschrift unterstützt. Die EU-Kommission stoppte daraufhin erschrocken ihre Pläne, vorerst zumindest. Die Europäische Union, gegründet als Wirtschaftsunion, ist eine wenig demokratische Veranstaltung, dominiert von den Regierungen weist sie Demokratiedefizite auf, Entscheidungen werden wenig transparent getroffen und kommen teilweise in Sachzwanglogik zurück in die nationalen Parlamente. Dennoch, das Beispiel Wasser zeigt, dass es anders geht, LINKE haben Erwartungen an Europa, die die Europäische Union in ihrer derzeitigen Verfasstheit nicht erfüllt. Wir wollen ein anderes Europa, ein Europa der Menschen und nicht der Konzerne. Dafür wollen wir zur Europawahl am 25. Mai 2014 als LINKE antreten. Die Voraussetzungen für den Wahlantritt, ein Wahlprogramm und eine Kandidat\_innenliste soll der Europaparteitag in Hamburg schaffen, ein Programm hinter dem sich die gesamte Partei versammeln und im Wahlkampf streiten kann.

Am 1. August gedenken wir des Beginns des I. Weltkrieges, dem Beginn eines Zeitalters des Nationalismus, Krieges und der Massenverelendung. Das Gedenken daran mahnt zugleich daran, wohin ein Europa der kapitalistischen Nationalstaaten führen kann.

Hier in Halle wird am gleichen Tag der Stadtrat neu

gewählt, dessen Vorbereitung Aufgabe und Anliegen des gesamten Stadtverbandes sein sollte. Auf zwei Mitgliederversammlungen, am 1. Februar und am 1. März, wollen wir das Wahlprogramm beschließen und die Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen. Der Programmentwurf, den der Stadtvorstand vorlegen wird, erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, er ist ein Diskussionsangebot, aus dem die Mitgliederversammlung ein Wahlprogramm machen soll. Änderungsanträge, Ergänzungen, Kritiken und Hinweise sind daher ausdrücklich erwünscht.

Das Jahr 2013 mit seinen Protesten gegen die Sparpolitik hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich einzumischen. An vielen Stellen ruderte die Landesregierung zurück, aber vom Tisch sind die Kürzungen nicht. Wir werden um eine zukunftsfähige Hochschullandschaft, für unsere halleschen Kultureinrichtungen und gegen den Abbau von Sozialleistungen auch 2014 kämpfen müssen.

Für all das brauchen wir Gesundheit, Kraft, Erfolg und die Freude, im konstruktiven Streit den besten Weg zu finden. Das alles wünsche ich Euch, Euren Angehörigen. Uns wünsche ich, dass wir als DIE LINKE eine starke Stimme bleiben in Halle, in Magdeburg, in Berlin und auch in Europa, als starke Opposition mit dem Anspruch die Gesellschaft zu verändern – jetzt, hier und heute.

Ich würde mich freuen, wenn wir uns am 23. Januar zum alternativen Neujahrsempfang in Halle-Neustadt sehen.

Swen Knöchel, Stadtvorsitzender

## 2014 wird Bewährungsprobe für uns als Oppositionsführerin

Von Petra Sitte

Unser Land geht mit einer neuen Regierung in das Jahr 2014. Die Erfahrung der letzten Großen Koalition zeigt, dass das erste Regierungsjahr das der Umsetzung vereinbarter Vorhaben ist, während die folgenden Jahre eher von gegenseitiger Blockade und Stillstand gekennzeichnet waren. Das vor uns liegende Jahr wird die Bewährungsprobe für uns als Oppositionsführerin.

SPD und Union haben nun angekündigt, insbesondere ihre sozialpolitischen Projekte schnell angehen zu wollen. So werden wir 2014 über einen Mindestlohn reden. 8,50 Euro – noch bis 2017 zu unterlaufen durch Billigtarifverträge und mit Ausnahmen etwa für Auszubildende und andere Gruppen. DIE LINKE unterstützt das Anliegen eines Mindestlohns – lange vor SPD und Grünen. Und gerade deshalb werden wir diesen zaghaften Einstieg auf löchriger Grundlage kritisieren. Der Mindestlohn muss schneller kommen, er muss bei steigenden Preisen anwachsen und eine Unterscheidung nach Ost und West ist im Jahr 24 nach dem Mauerfall so rückwärts gewandt wie die Bundestagesreden meines früheren Kollegen Norbert Geis.

Aber auch die verbesserten Rentenleistungen für Mütter und für langjährig Beschäftigte wird die Große Koalition schnell auf den Weg bringen wollen. Die sind richtig – aber ihre Finanzierungsgrundlage, nämlich die Versichertenbeiträge, ist falsch. Und vor allem: das Grundproblem eines dramatisch absinkenden



Rentenniveaus wird nicht angegangen. Die meisten aus der Generation der heute 30 – 40jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden im Alter eine gesetzliche Rente erhalten, die nur wenig über der Grundsicherungshöhe liegen wird. Daran ändert auch der frühere Renteneintritt nach 63 Jahren nichts, der zudem Frauen mit unstetere Berufsbiographien massiv benachteiligt. Wir, DIE LINKE, werden die Große Koalition und auch die Grünen nicht aus der Verantwortung entlassen. Der demographische Wandel wurde vorgeschoben, um die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber zu senken. Eine auskömmliche Rente für alle ist auf der Grundlage des Produktivitätzuwachses möglich, wenn der politische Wille da ist.

Gleich zu Anfang des neuen Jahres werden die rechtlichen Grundlagen für unsere Oppositionsarbeit gelegt. Die ersten Debatten des Bundestages und das unwürdige Geschacher im sogenannten Hauptausschuss haben gezeigt, wie unwirksam ein Parlament ohne handlungsfähige Opposition sein kann. Im Januar erwarten wir einen Vorschlag des Bundestagspräsidenten zur Neuregelung der

Foto: Uwe Steinert  
Minderheitenrechte. Aber auch wir als Fraktion sind nicht untätig und werden eigene Vorschläge in die Debatte werfen. Wenn die Grünen und wir LINKE uns einig sind, dann müssen wir alle Rechte der Opposition wahrnehmen können – und zwar auf rechtssicherer Grundlage, ohne dass wir auf den guten Willen von Union und SPD angewiesen sind.

Und nicht zuletzt: Nach der Wahl ist vor der Wahl. Die vielen Gerechtigkeitsscheren in diesem Land werden unter dieser Regierung weiter aufgehen. Die zwischen Arm und Reich, die zwischen Jung und Alt, die zwischen Frauen und Männern, die zwischen Eingeborenen und Eingewanderten. Eine politische Mehrheit, die zum Schließen dieser Scheren willens und in der Lage ist, wollen wir weiter vorbereiten. Der Tag, an dem wir diese Mehrheit brauchen werden, kann schneller kommen als gedacht. In diesem Sinne wünsche ich allen Leserinnen und Lesern, allen Unterstützerinnen und Unterstützern unserer Arbeit ein gesundes, gerechtes und kämpferisches neues Jahr 2014.

linksfraktion.de,  
30. Dezember 2013

## Aus der letzten Stadtratssitzung am 18. Dezember 2013

Ja, nun kann man schon davon sprechen, dass die letzte Stadtratssitzung im „alten“ Jahr stattfand!

Aber sie hat Weichenstellungen für dieses Jahr beschlossen!

Mehrere Stunden hat der Stadtrat für den Tagesordnungspunkt „Haushalt 2014“ gebraucht, aber am Ende der langen Diskussion wurde er mehrheitlich bestätigt! Unsere Fraktion enthielt sich der Stimme. Im Diskussionsbeitrag zur Haushaltsdebatte stellte Bodo Meerheim fest, dass der Haushaltsplan „Erträge vorgaukelt“, die keine seien, weil sie nicht wirklich „kommen werden“. Dabei bezog er sich vor allem auf die Zuschüsse des Landes für die Theater, Oper und Orchester GmbH oder für die Jugendhilfe. Er stellte auch deutlich die Risiken des Haushaltes dar, die u. a. bei den Unternehmen Zoo Halle, Multimediazentrum oder beim „Star-Park“ bestehen. Er kritisierte wiederum das Festhalten der Verwaltung an den Abführungen an den Haushalt der Stadt Halle (Saale) durch die HWG und GWG in Millionenhöhe! Er bezeichnete diese Aktion als „betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Wahnsinn“. Er forderte eine Mehrinvestition in Schulen und Kitas ein und das besonders in den Stadtgebieten, die eine schwierige Sozialstruktur haben.

Besonders schwierig gestaltete sich die Haushaltsdiskussion im vergangenen Jahr durch die geplante Einsparung von 260 MitarbeiterInnen der Verwaltung als Bestandteil der Haushaltskonsolidierung. Für Personalkosten sind im Haushalt 129,4 Millionen Euro eingestellt. In dem eigens für diese Aufgaben-

bewältigung eingerichteten Sonderausschuss wurde lange und ausgiebig diskutiert. Die Zielstellung der langfristigen Streichung (KW-Stellen) von 260 Stellen konnte nicht erreicht werden. Zu viele Problemlagen z.B. Konsequenzen der längeren Bearbeitungszeiten von Vorgängen etc. waren ausschlaggebend. Der Prozess des Personalabbaus wird aber in den kommenden Jahren kontinuierlich weitergehen müssen, um die Personalkosten mit Blick auf Tarifsteigerungen stabil zu halten, so führte der Finanzbeigeordnete Herr Geier aus. Sicher wird das zurzeit laufende „Abbaumodell“ der Stadtverwaltung (Rentenmodelle, Abfindungen, Arbeitszeitverkürzungen) ebenfalls dazu beitragen.

Unsere Fraktion stellte im Rahmen der Haushaltsdiskussion den Antrag, eine Beigeordnetenstelle zu streichen! Der Stadtrat war überrascht, aber Bodo Meerheim kommentierte „Ich meine das wirklich ernst und bleibe dabei!“ Der Vorschlag fand keine Mehrheit im Rat. Allerdings hat unsere Fraktion für die Stadtratssitzung Januar 2014 den Antrag gestellt, die Hauptsatzung zu ändern und damit festzulegen, dass die Stadt Halle (Saale) nur noch vier (nicht wie bisher fünf) Beigeordnete hat! Wir sind gespannt, wie sich der Stadtrat entscheiden wird!

Interessanterweise sei noch hinzugefügt, dass 70 Bürgervorschläge im Rahmen des „Bürgerhaushaltes“ eingegangen sind, 40 davon wurden in den Ausschüssen debattiert. Beschlossen wurden in der Stadtratssitzung u.a. der Brandschutzbedarfsplan und die Spielflächenkonzeption. Mit der Spielflächen-

konzeption gibt es eine genaue Aufstellung aller Spielplätze in der Stadt Halle und eine Prioritätenliste für die Sanierung. Insgesamt sind für Neubauten und Sanierungen mit dieser Vorlage 6,8 Mio. Euro bis zum Jahr 2019 notwendig.

Eingebracht wurde von der Stadtverwaltung eine Richtlinie zur Förderung und Anerkennung des Ehrenamtes. Allerdings gab es hier noch wesentlichen Beratungsbedarf, so dass die Vorlage noch einmal in den Fachausschüssen diskutiert wird.

Unser gemeinsamer Antrag mit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur nochmaligen Untersuchung des Zustandes der Hochstraße wurde knapp abgelehnt. Unsere Anträge zur Abstimmung von Marketingaktivitäten und zur Veröffentlichung von Planungsverfahren und Beteiligungsmöglichkeiten im Internet wurden in die jeweiligen Fachausschüsse verwiesen

Ute Haupt,  
Stadträtin

### Linkes Blatt

#### Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand  
Blumenstraße 16  
06108 Halle (Saale)  
Telefon 0345 / 20 255 90  
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de  
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)  
Herstellung: Eigendruck  
Erscheinungsweise: 14 - tägig  
Auflage: 400 Exemplare

#### **Spende erbeten**

Endredaktion dieser Ausgabe:  
16.01.2014  
Redaktionsschluss der nächsten  
Ausgabe: 30.01.2014

## Einberufung einer Gesamtmitgliederversammlung

Der Stadtvorstand hat auf seiner Sitzung am  
08.01.2014 die Einberufung einer  
**Gesamtmitgliederversammlung**  
**am 01.02.2014**  
beschlossen.

Der Tagungsort ist der Kulturtreff Halle-Neustadt,  
Am Stadion 6

Beginn der Tagung ist auf 10:00 Uhr festgelegt.  
Als Tagesordnung schlägt Euch der Stadtvorstand  
vor:

1. Konstituierung
2. Einbringung des Entwurfs des Programms zur  
Kommunalwahl
3. Diskussion des Entwurfs und der  
Änderungsanträge  
(Antragsschluss ist der Beginn der Mittagspause)
4. Beschlussfassung

## Sanktionsstudie bestätigt Kritik der Linken

Sanktionen führen in Spirale von Verschuldung und Hoffnungslosigkeit  
Statement von Katja Kipping

Seit Jahren setzt sich DIE LINKE für die Abschaffung von Sanktionen im Sozialrecht ein. Auf Bundes- und auf Landesebene gab es verschiedene Initiativen, die diese menschenunwürdige Praxis beenden sollten. (Mehr dazu hier) Eine Studie, die auf Initiative der Fraktion DIE LINKE im nordrhein-westfälischen Landtag entstand, bestätigt unsere Kritik nun auch empirisch.

Die Fraktion DIE LINKE hatte im Landtag Nordrhein-Westfalen einen Antrag mit dem Titel „Sanktionen für Erwerbslose aussetzen - für eine repressionsfreie Mindest-

sicherung!“ gestellt (Landtags-Drs. 15/1309). Dr. Helmut Apel und Dr. Dietrich Engels haben als Ergebnis dieses Antrags nun einen Bericht vorgelegt, der nicht überrascht, aber die Kritik von DIE LINKE empirisch bestätigt. Sanktionen werden überwiegend wegen geringfügiger Versäumnisse verhängt, sie belasten die Betroffenen stark und führen in einer Spirale von Verschuldung und Hoffnungslosigkeit.

Einige der Ergebnisse sind: Ein Großteil der Sanktionen gegen Erwerbslose werden wegen Meldevergehen ausgesprochen. Fast 10

Prozent wurden nicht über Rechtsfolgen belehrt, bei mehrfach sanktionierten war es sogar jeder Fünfte. Bei denen, die ausschließlich schriftlich belehrt wurden, haben 20 Prozent der Befragten die Rechtsfolgenbelehrung nicht verstanden.

Die Sanktionen werden von der überwiegenden Anzahl als sehr belastend empfunden. Die Mehrzahl der Sanktionierten erklärt, dass sie sich nach einer Sanktion aus ihrem sozialen Umfeld zurückgezogen hätten, bei einer großen Zahl der Befragten verstärken sich seelische Probleme wie Angst oder Niedergeschlagenheit.

Darüber hinaus besteht zwischen Verschuldung und Sanktionen ein signifikanter Zusammenhang. Mehr als 40 Prozent der Sanktionierten gaben an, dass sie Schulden aufnehmen mussten – die überwiegende Zahl der Befragten taten dies im Kreise von Verwandten und Freunde. Vieler der Sanktionierten konnten Strom und Miete nicht mehr pünktlich zahlen, die unter 25-jährigen sparten zudem an warmen Mahlzeiten.

Für das Vertrauen zu den Jobcenter-MitarbeiterInnen ist die Sanktionspraxis verheerend.

17 % der unter 25-jährigen brachen den Kontakt zum Jobcenter ganz ab. Aber auch für die, die im Kontakt mit dem Jobcenter blieben, führt eine Sanktion häufig zu einem enormen Vertrauensverlust. Bei Leistungskürzungen von 10 Prozent gaben 30 Prozent der Befragten an, kein Vertrauen mehr zu ihrem/r BeraterIn zu haben. Bei 100-Prozent-Sanktionen waren es 54 Prozent der Befragten.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Monat Januar Geburtstag haben.

## Zur Entscheidung zum Neubau des Finanzamtes Halle

Zur Entscheidung zum Neubau des Finanzamtes Halle am Standort „Spitze“ in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Finanzen erklärt dessen Mitglied Guido Henke, zugleich Sprecher der Fraktion für Bau- und Wohnungspolitik:

„Auch nach der heutigen Entscheidung von CDU und SPD zum Neubau des Finanzamtes Halle am Standort „Spitze“ bleibt DIE LINKE bei ihrer Kritik und Ablehnung dieses Projektes.

Nach dreizehnjähriger Suche für einen Ersatz wurde nun eine sehr teure Lösung zu Lasten der Bediensteten und des Landeshaus-

halts durchgesetzt. Die Koalition hat alle Alternativstandorte für einen Neubau abgelehnt und eine auf das Papenburgsche Grundstück zugeschnittene Ausschreibung vorgenommen. Angeblich wurde durch Nachverhandlungen mit dem Investor ein besserer Preis für das Land erzielt – nachprüfbar war diese Behauptung im Finanzausschuss nicht.

Auch ein angeblicher Wirtschaftlichkeitsvergleich mit einem Landeseigenbau, „angleicher Stelle“ (!) überzeugt nicht, denn der Investor befände sich „in einer starken Verhandlungsposition“. Das ist so logisch wie folgerichtig, war

doch die gesamte Ausschreibung mit Privatinvestorenfinanzierung auf dieses bestimmte Privatgrundstück zugeschnitten.

Die Interessen einer funktionsfähigen Finanzverwaltung waren hier offenkundig nachrangig gegenüber den Geschäftsinteressen privater Investoren.

Die Bau-, Unterhaltungs- und Zinskosten für das neue Finanzamt dürfen dank Indexierung - deutlich höher als aktuelle Bankzinsen - zu einem guten Geschäft werden - für den Investor in den nächsten 25 Jahren.

Ein derart unverantwortliches Handeln lehnt DIE LINKE ab.“

## MYTHOS »ARMUTSZUWANDERUNG« - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Fraktion DIE LINKE

### Die Rechtslage

Seit dem 1. Januar 2014 haben rumänische und bulgarische Staatsangehörige die gleichen Rechte wie alle anderen EU-Bürger auch. Dazu gehört der Grundsatz der Gleichbehandlung mit inländischen Staatsangehörigen. EU-Bürger dürfen in der gesamten EU arbeiten und sich für drei Monate grundsätzlich ohne Erlaubnis in jedem EU-Land aufhalten („Freizügigkeit“). Ein Anrecht auf längeren Aufenthalt haben z.B. Arbeitnehmer, Selbständige, Familienangehörige, Studierende und unter bestimmten Umständen auch Arbeitssuchende. Nach fünf Jahren besteht ein Daueraufenthaltsrecht. Seit dem 1. Januar 2014 gilt ein uneingeschränkter EU-Arbeitsmarktzugang für alle rumänischen und bul-

garischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger; Selbständige, Fachkräfte, Hochqualifizierte, Pflegepersonal und Saisonarbeiter konnten schon bislang in Deutschland leben und arbeiten.

### Keine Belege für „Missbrauch“ von Sozialleistungen

Das Zerrbild einer bedrohlichen Armutsmigration, wie es unter anderem die CSU zeichnet, ist falsch. Unter dem Strich profitiert Deutschland von den Freizügigkeitsregelungen, insbesondere auch von der Beschäftigung, den Beitrags- und Steuerleistungen der eingewanderten Bürgerinnen und Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Dies haben mehrere Studien ergeben. Für einen oftmals beklagten, jedoch nie belegten verbreiteten „Missbrauch“ gibt es keinerlei Anhaltspunkte.

### Vermeintliche „Zuwanderungs-

### welle“ existiert nicht

Bulgarische und rumänische Staatsangehörige machen mit gut 400.000 Personen nur etwa 5,5 Prozent der ausländischen Bevölkerung in Deutschland aus. 2014 könnte sich ihre Zahl um 100.000 bis 180.000 erhöhen, die Bundesregierung rechnet jedoch nicht mit „erheblichen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt“. In der Vergangenheit gab es in Bezug auf osteuropäische Beitrittsländer (etwa Polen) überhöhte Wanderungsprognosen, die sich nicht realisierten. Ein großer Teil der auswanderungswilligen Rumänen und Bulgaren befindet sich bereits im EU-Ausland, überwiegend nicht in Deutschland.

### Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Menschen aus Bulgarien und Rumänien

Vergleicht man den Zeitraum von

Ende 2010 bis Ende 2012, so ist die Zahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Rumänen (+73 Prozent) und Bulgaren (+67,8 Prozent) in Deutschland stärker gestiegen als deren Zuzugszahlen (+62 Prozent bzw. +58,6 Prozent). Auch die Bundesregierung schlussfolgert hieraus: „Diese Entwicklung deutet auf weiterhin gute Beschäftigungsaussichten auf dem deutschen Arbeitsmarkt hin“.

### **Arbeitslosenzahlen und Sozialleistungen**

Ähnlich ist die Entwicklung bei den Arbeitslosenzahlen: Die Arbeitslosenquote unter den erwerbsfähigen Migrantinnen und Migranten beider Länder betrug Mitte 2013 7,4 Prozent (etwa 15.000 Erwerbslose Ende des Jahres 2013) – und lag damit noch unter dem Wert der Gesamtbevölkerung (7,7 Prozent), und erst recht unter dem der ausländischen Bevölkerung (15 Prozent). Jeder zehnte Bulgare und Rumäne war auf Hartz IV-Leistungen angewiesen, als Arbeitsloser oder „Aufstocker“, auch das liegt unter dem Wert aller Ausländer (15 Prozent). Der Anteil von rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen an allen Hartz IV-Beziehenden betrug im Juli 2013 nur 0,6 Prozent – dies waren gerade einmal 38.000 Personen.

### **Angebliche Erschleichung von Sozialleistungen (Aufstocker, Kindergeld)**

Auch das Argument, dass „Armutsmigranten“ häufiger ein Gewerbe anmelden, um dann staatliche Leistungen in Anspruch zu nehmen („Scheinselbstän-

digkeit“), ist haltlos. Ende 2012 bezogen gerade einmal 3,3 Prozent aller rumänischen Selbstständigen in Deutschland ergänzende Sozialleistungen (561 von 17.000) – eine sehr geringe Zahl, die für einen etwaigen „Missbrauch“, von wenigen Einzelfällen abgesehen, nichts hergibt.

Auch das Vorurteil, die Betroffenen kämen vor allem wegen des Kindergeldes, entbehrt jeder Grundlage: Ende 2012 erhielten nur 27.000 von etwa 324.000 rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen Kindergeld (8,3 Prozent).

**„Wer betrügt, der fliegt“ - Rechtslage zur CSU-Forderung** Wiedereinreisesperren, wie sie die CSU fordert, sind nach EU-Recht wegen des überragenden Werts der Freizügigkeit nur in sehr begrenzten Ausnahmefällen möglich, nämlich nur bei akuten Gefahren für die öffentliche Ordnung. Rechtliche Möglichkeiten, um ungerechtfertigten oder gar missbräuchlichen Ansprüchen auf Aufenthalt oder

Sozialleistungen entgegenzuwirken, gibt es bereits jetzt im deutschen Recht. Jährlich werden jedoch weniger als 700 Personen aus Rumänien und Bulgarien deshalb zur Ausreise aufgefordert. Die Forderung, Sozialleistungen während der ersten drei Monate auszuschließen, entspricht ohnehin der deutschen und europäischen Rechtslage. Das deutsche Sozialrecht sieht darüber hinaus eine pauschale Ausschlussregelung für Unionsangehörige vor, die eine Arbeit suchen. Sozialgerichte zweifeln, ob diese Regelung mit EU-Recht vereinbar ist. Nach einem Urteil vom September 2013 ist jedenfalls ein pauschaler Ausschluss EU-rechtswidrig. Nach diesem Urteil müsste in jedem Einzelfall geprüft und abgewogen werden, ob einer EU-Bürgerin oder einem EU-Bürger Leistungen zustehen oder nicht. Dabei betont der Europäische Gerichtshof den Grundsatz der Gleichbehandlung und der Solidarität innerhalb der Europäischen Union.

## **Ortsverband Halle-Mitte**

Am **06.02.2014, 17:00 Uhr** wird sich im F2 - Halle für Kultur, Fährstraße 2 der Ortsverband Mitte der Partei DIE LINKE Halle (Saale) gründen. Genossinnen und Genossen, die in diesen Einzugsbereich wohnen, erhalten in den nächsten Tagen eine

Einladung.

Natürlich ist diese Versammlung öffentlich.

## **Solidarität mit der Leipziger Stadträtin Margitta Hollick**

<http://www.die-linke-in-leipzig.de/home/home/aktuell/detail/zurueck/home-neu-1/artikel/solidaritaet-mit-margitta/>



# Koalition des Stillstandes

## CDU/CSU und SPD sind lobbyhörig und vertiefen die soziale Spaltung

Der Koalitionsvertrag ist Mist. Der Politikwechsel, den die SPD im Wahlkampf versprochen hat, fällt aus. Auf der Strecke bleiben die Interessen von Millionen Menschen. Die Große Koalition setzt die Politik von Schwarz-Gelb fort, ergänzt um Extrawürste für CSU-Chef Horst Seehofer.

### Koalition der Unternehmerlobby

- Der Mindestlohn ist nicht existenzsichernd. Bundesweit und ausnahmslos kommt er erst 2017. Durch steigende Lebenshaltungskosten werden dann 8,50 Euro nach heutiger Kaufkraft weniger als 8 Euro wert sein.
- Bei Leiharbeit gibt es nur kosmetische Änderungen: Das Lohndumping geht weiter.
- Managergehälter werden nicht begrenzt.
- Super-Reiche werden nicht höher besteuert.
- Rückstellungen der Atomkonzerne zur Bewältigung des Ausstiegs bleiben in der Verfügung der Konzerne.
- Ein verbindliches Klimaschutzgesetz fehlt.

### Koalition gegen Bürgerrechte

- Die Vorratsdatenspeicherung wird umgesetzt. Sechs Monate sollen alle Daten gespeichert werden - eine Einladung an die NSA, unbescholtene Bürgerinnen und Bürger weiter auszuschnüffeln.
- Die rechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften mit der Ehe bleibt aus. Es gibt kein explizites Adoptionsrecht für eingetragene Partnerschaften.
- Volksentscheide auf Bundesebene werden verhindert.

### Koalition der sozialen Ungerechtigkeit

- Mütterrente und abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren ändern nichts an Rentenkürzungen. Die Rente erst ab 67 bleibt.

- Die Beiträge der Arbeitgeber zur Krankenversicherung werden eingefroren. Die Rechnung zahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Die Mietpreisbremse verdient den Namen nicht.
- Über Bildung entscheidet weiter Papas Geldbeutel. Das Bildungschaos mit 16 Bildungssystemen in Deutschland bleibt.

### Koalition gegen den Frieden

- Es droht die Aufweichung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen.
- Der vollständige Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan fällt aus.
- Die Bundeswehr wird auch künftig im Ausland eingesetzt. Sie wird nicht verkleinert, sondern weiter darauf getrimmt, in Konflikten militärisch zu intervenieren.
- Die Anschaffung von Kampfdrohnen wird nicht ausgeschlossen.
- Bei Rüstungsexporten wird es keine Einschränkungen und keine neuen Regeln oder gar Verbote geben.
- Die Stationierung von US-Atomwaffen in Deutschland wird nicht beendet.
- Es ist ausdrücklich keine weitere Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien geplant.

Die Große Koalition macht dort weiter, wo Schwarz-Gelb aufgehört hat: auf dem Kurs der sozialen Ungerechtigkeit. **DIE LINKE wird eine harte und konsequente Opposition sein.**

Weitere Informationen auf [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G

Seit dem 1. Oktober 2013 können Hallenser\*innen ihre Vorschläge für das Haushaltsjahr 2014 zum kommunalen Haushalt der Stadt Halle per Internet in die Beratungen einbringen, andere Beiträge kommentieren und abstimmen. Dr. Bernd Wiegand, OB der Stadt Halle, hat nicht nur zugesagt, alle umsetzbaren Ideen im Finanzausschuss des Stadtrats vorzustellen und zu beraten, sondern auch die Aktion für das Jahr 2015 weiterzuführen.

Der Dormrosa e.V., die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V. und das „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V. möchten sich daran beteiligen. In einer dreiteiligen Workshop-Reihe schauen wir zunächst, wie ein städtischer Haushalt funktioniert, welche Mittel disponibel sind, wie Anträge formuliert, welche Mittel könnten/sollten sinnvoller verteilt werden u.a.m.

In weiteren Schritten sollen Vorschläge erarbeitet und vorgestellt werden, welche Projekte können in Halle realisiert werden oder wo besteht derzeit dringender Mehrförderbedarf. Wie sieht ein gendergerechter Haushalt aus und wie funktioniert Genderbudgeting im Rahmen der kommunalen Haushalte?

Ergebnis der Workshop-Reihe soll die Initiierung einer Gruppe sein, welche sich gemeinsam in das sicher für viele neue Thema „kommunales Haushaltsrecht“ einarbeitet, eigene Ideen erarbeitet und öffentlich kommuniziert und Erfolg dabei hat.

Zum ersten Termin laden wir alle Interessierten herzlich ein:

**am Dienstag, dem 18.02.2014 von 18 - 20 Uhr**  
in das Frauenzentrum Weibewirtschaft, Karl-Liebknecht-Str. 34, 06108 Halle.

**Seminarleiter: Dr. Lutz Brangsch (Ökonom, rls Berlin)**  
Workshopinhalt: Einführung in das Thema, Kennenlernen und Besprechung weiterer Termine.

Veranstalter\*innen: Dormrosa e.V., „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V., Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen-Anhalt e.V.

Rückfragen und Anmeldungen: Dr. Viola Schubert-Lehnhardt,  
gs-halle@rosaluxsa.de und 0176-24380169

*Rechne mit uns!*



## Workshop-Reihe

Beiträge zu einem

gendergerechten Haushalt

in Halle (Saale)